

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

## Herriots Bedingungen.

### Um die militärische Räumung.

London, 29. Juli. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet: Gestern morgen um 7 Uhr richtete Herriot ein Schreiben an Macdonald, um ihm seine Haltung gegenüber den beiden Problemen: der Einladungen Deutschlands zur Teilnahme an der Konferenz und der militärischen Räumung des Ruhrgebiets, darzulegen. In beiden Fällen erklärt Herriot seine grundsätzliche Zustimmung zu dem britischen Vorschlag, während er sich zugleich das Recht vorbehält, gewisse Bedingungen, die vorher in Unterredungen erwähnt wurden, niederzulegen. Später frühstückten Herriot und Thomas mit Macdonald in Downing-Street. Es folgte eine Unterredung, die jedoch keinen abschließenden Charakter hatte.

### Das Ergebnis der Vollziehung.

London, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Da die Verhandlungen mit den Bankiers keinen Fortschritt erzielt hatten und die Arbeit der Eisenbahnkommission weiter ruht, beschränkte die Vollversammlung ihre Beratungen auf den Bericht der Unterkommission über die Räumung des Ruhrgebiets und auf die prinzipielle Entscheidung über die Einladung Deutschlands zur Konferenz. Dennoch stellt die geleistete Arbeit tatsächlich einen Fortschritt dar. Die

#### bedingte Einladung Deutschlands

schaft Klarheit, daß Deutschland zur Diskussion und nicht zur Entgegennahme eines Diktats eingeladen werden soll. Die Hauptaufgabe der deutschen Vertreter auf der Konferenz wird in der Diskussion der technischen Einzelfragen über die Räumung bestehen. Der Beweis, daß wirklich eine Diskussion gewollt ist, ergibt sich daraus, daß der Bericht der zweiten Kommission nicht im Wortlaut veröffentlicht wurde. Halbamtlich wird darauf verwiesen, daß dieser Bericht die Grundlage der Diskussion bilden wird und daß die gleichzeitige Einladung der Reparationskommission zur Londoner Konferenz ein weiterer Beweis dafür ist, daß die Alliierten auf der Konferenz sich selbst auf die

#### Inkraftsetzung des Dawes-Berichtes

beschränken wollen. Der etwaige Verzicht der deutschen Regierung, darüber hinauszugehen, wäre zum Scheitern verurteilt. So sehr man auch in englischen Kreisen der deutschen Einladung mit Sympathie gegenübersteht, so sehr spricht man doch inoffiziell die Befürchtung aus, daß durch eine falsche Taktik und infolge der Unkenntnis der Atmosphäre auf der Konferenz die deutschen Aussichten zerstört werden könnten. Die Tatsache, daß die erste Kommission auf Mittwoch vormittag einberufen ist, zeigt, daß eine Einigung mit den Bankiers weiterhin erhofft wird. In diesem Falle werden die deutschen Vertreter zum Wochenende in London erwartet. Die Einladung dürfte dann am Donnerstag an die Adresse der deutschen Regierung gerichtet werden.

### Garantiepaakt und Abrüstung.

#### Erklärungen Macdonalds.

London, 29. Juli (WTB.) Unterhaus. Ein Abgeordneter fragte, ob einige andere Mitglieder des Völkerbundes bezüglich ihrer Haltung gegenüber dem vorgelegenen Garantiepaakt eine Entscheidung getroffen hätten. Macdonald antwortete, daß Belgien, Bulgarien, Estland, Finnland und Lettland sich im allgemeinen günstig geäußert hätten, wenn auch Belgien und Finnland zahlreiche Anregungen betreffs Abänderungen gemacht hätten. Die Union der Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika hätten erklärt, nicht in der Lage zu sein, zuzustimmen. Die Frage, ob die französische Regierung ihre allgemeine Zustimmung geäußert habe, wurde von Macdonald verneint. Kennworthy stellte eine Frage wegen der geplanten Abrüstungskonferenzen. Macdonald erwiderte, die Angelegenheit werde erwoogen und es werde darüber verhandelt. Auf eine Anfrage Kennworthys, ob irgendein Fortschritt in der Richtung auf eine Verminderung der Rüstungen zur See durch eine Vereinbarung zwischen den hauptsächlichsten Seemächten festzustellen sei und welche Schritte die englische Regierung in der Angelegenheit zu unternehmen gedenke, erwiderte Macdonald, eine Verminderung der Rüstungen werde von der englischen Regierung als eine der wesentlichsten Bedingungen der nationalen Sicherheit betrachtet, sie müsse indessen durch eine Politik vorbereitet werden, die unter den Nationen Vertrauen schaffe. Ein ungeschickter Schritt würde unberechenbare Schäden anrichten. Kennworthy fragte, ob England nicht irgend etwas tun könne angesichts des endgültigen Schrittes, der von dem amerikanischen Präsidenten Coolidge unternommen worden sei. Macdonald antwortete, ein solcher Schritt sei vom Präsidenten der Vereinigten Staaten nicht getan worden; er habe lediglich seine allgemeine Sympathie mit den Abrüstungen erklärt, und er, Macdonald, habe in gleicher Weise geantwortet.

### Herriots Friedenswille.

Paris, 29. Juli. (WTB.) Ministerpräsident Herriot hielt auf einem Bankett der französischen Handelskammer in London eine Ansprache, in der er Havas zufolge u. a. sagte: Wir sind hier, um nach einem Kriege, den wir nicht gewollt haben, den Frieden wieder herzustellen. Frankreich wünscht, daß unter den Menschen ein Friedenszustand herrscht, der nicht allein den Handel, sondern auch der ganzen Welt zugute kommen soll. Die französische Regierung, die den Friedenswillen in den Vordergrund gestellt hat, hat das Recht, davon zu erwidern, daß ein Friede, der Frankreich

nicht sein Recht gewährt, ein ungerechter Friede ist. Man kann die Ordnung, die wir erhoffen, nicht auf eine Ungerechtigkeit aufbauen.

### Bankiers zur Anleihefrage.

London, 29. Juli. (WTB.) Heute wird eine wichtige Sitzung der amerikanischen, britischen und alliierten Bankiers stattfinden, wahrscheinlich unter dem Vorsitz Lamonts von der Firma Morgan u. Co., um die notwendigen Bedingungen der Anleihe zu erwägen. Wie verlautet, haben die Bankiers drei Arten finanzieller Garantien vorgezogen: 1. Allgemeine Garantien aller teilnehmenden Mächte, 2. eine individuelle Garantie jeder Macht, die eine separate Aktion unternimmt, 3. Garantie der Bankiers der unter 2 erwähnten Mächte.

### Ein offizielles Dementi.

Wolffs Bureau verbreitet folgende Meldung: Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ gibt eine angebliche (?) Auslassung des „Daily Telegraph“ wieder, wonach das Auswärtige Amt gegenüber Sir Eric Drummond bei dessen Anwesenheit in Berlin für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund bestimmte Bedingungen gestellt habe. Wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist diese Behauptung unrichtig. Damit entfallen auch die vom „Sozialdemokratischen Parlamentsdienst“ bzw. dem „Daily Telegraph“ an diese falsche Behauptung geknüpften Bemerkungen.

In der von uns wiedergegebenen Bemerkung wurde ausdrücklich der Vorbehalt gemacht, daß die Angaben des „Daily Telegraph“ zutreffend seien. Wir freuen uns, daß das nicht der Fall ist. Damit entfällt natürlich auch die in den Bemerkungen geübte Kritik.

### Beilegung des deutsch-russischen Konflikts.

Nach langwierigen Verhandlungen ist in Moskau zwischen dem Volkstschestnik des Aushera und der deutschen Botschaft eine den entstandenen Konflikt im Wege beiderseitiger Vereinbarung beilegende Lösung des deutsch-russischen Zwischenfalls gefunden und in einem Protokoll niedergelegt worden, dessen Wortlaut nach der in Berlin zu vollziehenden Unterzeichnung bekanntgegeben werden wird.

### Militärmaßnahmen in Rumänien.

Paris, 29. Juli. (WTB.) Nach dem „Daily Telegraph“ hat der rumänische Kriegsminister alle Urlauber zurückgerufen. Außerdem wurden sämtliche Reserveoffiziere unter die Fahnen gerufen. In Besarabien sind größere rumänische Truppenkörper zusammengezogen. Ueber die Provinz ist in ihrer gesamten Ausdehnung der Belagerungszustand verhängt worden.

### Presseneknebelung in Italien.

Rom, 29. Juli. (WTB.) Der Präsekt von Rom hat eine Verordnung für die Zeitungen erlassen, in der jede Veröffentlichung von Auszügen und Indiskretionen über die Untersuchung in Sachen Matteotti untersagt wird. Zu dieser Maßnahme schreibt „Mondo“, es sei klar, daß man damit Stillschweigen über den Prozeß Matteotti schaffen wolle wie auch über die anderen Prozesse, die mit den Verbrechen der Tscheka in Zusammenhang stehen. Das Blatt behauptet, es handle sich nicht darum, Geheimnisse der gerichtlichen Untersuchung zu verraten, sondern die Nachforschungen nach diesen wichtigen Ereignissen, die die öffentliche Meinung aufzuredern, zu unterstützen, und fragt, ob man auch damit das Untersuchungsverfahren auf eine falsche Bahn lenken wolle.

Die heutige Ausgabe des Mittagsblattes „Sereno“ wurde wegen Veröffentlichung von Einzelheiten aus der Vermehmung der Angeklagten Filippelli und Dumini, also wegen Uebertretung der im Erlaß des Präsektens enthaltenen Bestimmungen, beschlagnahmt.

### Amerikanische Note an Persien.

London, 29. Juli. (WTB.) Nach Blättermeldungen aus Washington wird heute eine entschieden gehaltene amerikanische Note wegen der Ermordung des amerikanischen Konsuls in Teheran der persischen Regierung überreicht werden, in der eine formelle Entschuldigun und eine angemessene Entschädigung für die Familie des Konsuls gefordert werden. Ferner wird eine feierliche Warnung an die persische Regierung gerichtet, daß eine Wiederholung derartiger Verbrechen ernsteste Folgen nach sich ziehen würde.

### Russisch-japanische Verhandlungen.

Paris, 29. Juli. (Eca.) Der „Quotidien“ meldet aus Tokio, daß Japan unter folgenden Bedingungen die Insel Sachalin im Oktober räumen werde: 1. Rußland entschuldigt sich für das Massaker in Nikolajew, 2. Rußland gewährt Japan Petroleumkonzessionen sowie bergbauliche und forstwirtschaftliche Konzessionen im Norden von Sachalin, 3. Rußland erkennt den Vertrag von Portsmouth hinsichtlich der japanischen Schifferrechte in den sibirischen Gewässern an.

Die Vachsen, die die Agrarier in letzter Zeit fordern, sind nicht um 5, sondern um 15 Prozent gestiegen. Genosse Krähig bittet uns, seine Ausführungen im Reichstagsausschuß in diesem Sinne zu berücksichtigen.

## Das Abkommen von Washington.

Von Otto Bäch.

Die fast einstimmige Annahme des Uebereinkommens von Washington über den Achtstundentag durch die Vertreter der Regierungen, der Arbeiter und der Unternehmer von 32 Staaten ist seinerzeit als einer der größten Erfolge der Internationalen Arbeitsorganisation gefeiert worden. Seit der Annahme dieses Abkommens sind 5 Jahre durch die Welt gegangen, Zeit genug für alle beteiligten Staaten, die Verpflichtung einzulösen, die sie sich in Washington freiwillig auferlegt haben. Der „große Erfolg“ ist in diesen Jahren zu einem Schmerzpunkt der Internationalen Sozialpolitik geworden, denn, abgesehen von 5 industriell nicht wichtigen Staaten, ist das Uebereinkommen bisher von keinem der maßgebenden Staaten ratifiziert worden.

Leider hat auch Deutschland, wo bekanntlich der Achtstundentag seit November 1918 durchgeführt war, die Ratifikation des Uebereinkommens unterlassen, zu einer Zeit, als die deutsche Gesetzgebung fast keiner Aenderung bedürft hätte, um mit dem Geiste des Uebereinkommens von Washington übereinzustimmen. Gemäß den Bestimmungen des Teils XIII des Friedensvertrages hat die deutsche Regierung dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat alle Uebereinkommen und Vorschläge der Konferenz von Washington mit den erforderlichen Gesetzentwürfen vorgelegt und zur Annahme empfohlen. Hinsichtlich des Achtstundentages hat die Regierung dem Reichsrat vorgeschlagen, dazu erst Stellung zu nehmen, wenn ihm der Entwurf des Gesetzes über die Arbeitszeit vorliege. Dieser Entwurf ist nach jahrelangem Verhandeln nie Gesetz geworden, die Arbeitszeit dagegen hat durch den Ablauf der Demobilisierungsvorschriften und auf dem Wege der Rotverordnung eine empfindliche Verlängerung erfahren. Um so wichtiger ist es, aufmerksam zu beobachten, welche internationalen Möglichkeiten für eine oder mehrere, vielleicht auch kollektive Ratifikation mehrerer Staaten für dieses Uebereinkommen heute bestehen.

So lange in England konservative Regierungen bestanden, wurde dort die Ratifikation des Uebereinkommens von Washington nicht nur abgelehnt, sondern man hat auch das Uebereinkommen an sich bekämpft und das Internationale Arbeitsamt ersucht, Mittel und Wege zur Abänderung von Uebereinkommen zu finden. Frankreich und eine Reihe anderer europäischer Staaten haben immer darauf hingewiesen, daß sie nicht ratifizieren können, wenn nicht andere Staaten ebenfalls ratifizierten.

Obgleich schon damals in England der Achtstundentag durch gewerkschaftliche Kollektivverträge Tatsache war und auch in einer Reihe anderer Staaten der Achtstundentag teilweise gesetzlich, teilweise durch Abkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestand, drückte man sich allgemein vor der Ratifikation des Uebereinkommens, vielfach mit dem Hinweis darauf, daß die nationale Gesetzgebung durchaus im Einklang stehe mit den im Uebereinkommen selbst aufgestellten internationalen Grundregeln. Einer der Hauptgründe für die Nichtratifikation liegt darin, daß eine Ratifikation erst zehn Jahre nach Inkrafttreten des Uebereinkommens mit einjähriger Frist gekündigt werden kann. Somit bedingt die Ratifikation eine internationale Verpflichtung auf lange Sicht. Aber gerade darin liegt der große Wert dieser internationalen sozialen Reform.

Die Abkehr Deutschlands — zwar nicht vom Grundsatz, aber von der Praxis — des Achtstundentages hat ohne Zweifel in Mitteleuropa und darüber hinaus eine Beunruhigung geschaffen, die nicht geeignet ist, die Bemühungen der Sachverständigen zur Befriedigung Europas zu unterstützen. Gerade in einem Augenblicke, in dem eine Reihe internationaler Hindernisse für die Ratifikation des Achtstundentages beseitigt ist, hat Deutschland den Achtstundentag abgeschafft und darüber hinaus auf der Internationalen Arbeitskonferenz die Erklärung abgegeben, daß wir länger arbeiten müssen, um unseren Reparationsverpflichtungen nachzukommen.

England ist bereit, das Uebereinkommen zu ratifizieren. Auch der neue französische Arbeitsminister Justin Godart hat in Genf öffentlich die Bereitwilligkeit Frankreichs ausgesprochen. Polen wäre ebenfalls grundsätzlich bereit, zu ratifizieren. Es hat sicher ein Recht, darauf hinzuweisen, denn es hat im Oberschlesienvertrag sozialpolitische Verpflichtungen übernommen, die es in gewisser Beziehung von den deutschen Verhältnissen abhängig machen.

Bekanntlich ist im deutsch-polnischen Verträge über Oberschlesien Polen verpflichtet worden — und zwar auf Wunsch der deutschen Gewerkschaftsvertreter —, in Polnisch-Oberschlesien auf 15 Jahre die deutsche Gesetzgebung durchzuführen, Polen kann somit aus wirtschaftlichen Gründen alle Aenderungen einführen, die Deutschland in dieser Beziehung trifft. Ob unter diesen Umständen den polnischen Arbeitern der Achtstundentag noch lange erhalten bleibt, ist sehr fraglich. Auch die Tschekoslowakei, die zu den wenigen Staaten gehört, welche das Uebereinkommen von Washington ratifiziert haben, behauptet, durch das deutsche Verhalten sehr beunruhigt zu sein.

Im allgemeinen kann man sagen, daß das Prinzip des Achtstundentages heute weniger als politische Forderung, sondern vielmehr als Maßnahme zur Steigerung der Produktion durchdringt. So sehen wir, daß gegenwärtig der amerikanische Stahltrust, der so lange und so hartnäckig am Zweischichtensystem zu je 12 Stunden festgehalten hat, sich veranlaßt fühlt, aus rein erzeugungstechnischen Gründen das Dreischichtensystem zu je acht Stunden einzuführen.



Am so schwerwiegender ist es, daß in einer Zeit, in der sich politisch und wirtschaftlich eine Anerkennung des Achtstundentages anbahnt, Deutschland durch sein Verhalten die Herstellung eines internationalen Gleichgewichts erschwert. In diesem Zusammenhang verfährt die deutsche Regierung auch gegen die Absichten und Vorschläge der Sachverständigen, die sich ohne Frage bemüht haben, vor die politischen Machtfraßen die Frage des europäischen wirtschaftlichen und sozialen Gleichgewichts zu stellen. Die Lösung der Reparationsfrage soll erfolgen durch die Annahme des Sachverständigengutachtens. Es sind auch in unseren Kreisen Zweifel laut geworden an der unbedingten Nichtigkeit der Vorschläge, aber sicher bieten sie eine größere Gewähr für die Möglichkeit zu Reparationszahlungen als eine verlängerte Arbeitszeit, deren Ergebnis zunächst sehr fraglich ist, abgesehen davon, daß es moralisch unhaltbar ist, die Reparationslasten auch in dieser Frage allein dem Arbeiter aufzubürden.

Mit Recht hat man auf der 6. Internationalen Arbeitskonferenz die deutsche Regierung gefragt: „Welche Gewähr besteht dafür, daß der Mehrertrag (wenn ein solcher überhaupt durch längere Arbeitszeit erzielt werden kann) den Reparationen zufließt?“

Wer soll das feststellen und kontrollieren? Wenn je ein Mehrertrag erzielt werden sollte, dann fließt er in die Taschen der Unternehmer. Die Behauptung, wir müßten länger arbeiten, um Reparationen zu zahlen, ist sachlich und moralisch hinfällig geworden durch das Gutachten der Sachverständigen. Sachlich durch die bessere Gewähr für eine Lösung der Reparationsfrage, die in dem Gutachten enthalten ist, und auch dadurch, daß die wirtschaftlichen Berechnungen der Sachverständigen in Deutschland in eine Zeit fallen, während welcher bei uns noch der Achtstundentag bestand. Moralisch durch die Unmöglichkeit, die Last der Reparationszahlung einseitig der Arbeiterlast aufzulegen, und dadurch, daß wir die Pflicht haben, die Herstellung eines wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa, um das sich die Sachverständigen bemüht haben, zu fördern und nicht durch übereinkommensfeindliche Maßnahmen zu stören.

Gerade in der Anerkennung der Verpflichtung auf lange Zeit, wie dies in den Bestimmungen vorgesehen ist, liegt der große Wert des Washingtoner Übereinkommens. Nachdem bei einer Reihe von maßgebenden Staaten die Reingung besteht, zu ratifizieren, darf Deutschland nicht Ursache der Verunruhigung oder ein Hindernis für die weitere Entwicklung sein. Das deutsche Bekenntnis zur Ratifikation des Übereinkommens von Washington, wenn nötig die Volksabstimmung, muß dazu beitragen, die Odyssee dieses wertvollen Teils der internationalen Sozialpolitik zu beenden im schützenden Hafen der Ratifikationen.

## Der neueste Dreh.

Sie waren schon immer umgefallen.

Die Deutschnationalen drehen und winden sich, um ihren Umfall nicht als Umfall, ihren Schwindel nicht als Schwindel erscheinen zu lassen. Sie erzählen jetzt ihren Wählern, die sie betrogen haben, der Umfall wäre kein Umfall, da sie immer schon umgefallen gewesen wären. So schreibt die „Kreuzzeitung“ in einer Polemik gegen die „Zeit“:

„Erstens haben wir das Gutachten nicht a limine abgelehnt, aber wir haben sowohl im Wahlkampf wie nachher scharf formulierte „unverzichtbare Vorbehalte“ gemacht, während die Regierung, die hinter ihr stehenden Parteien und ihre Presse immer nur von „Voraussetzungen“, manchmal sogar noch unbestimmter gesprochen hatte.“

Die „Kreuzzeitung“ hat ein kurzes Gedächtnis. Nicht von vornherein abgelehnt? Zweites Versailles — Sünde wider den Geist nationaler Selbstbehauptung — heller Wahnsinn — Schrecken ohne Ende — unannehmbar: mit diesen Kraftworten haben die Deutschnationalen im Wahlkampf das Gutachten a limine abgelehnt. Heute verleugnen sie den Patentnationalismus von damals und wollen damals schon um-

gefallen gewesen sein. Was wollt ihr — so sagen sie heute — wir waren immer schon verlogen.

## Parteijustiz.

Richterliche Anwürfe gegen die Republik.

Ein deutschnationaler Verteilender, der Baron Scott von Bistolen, wurde am 23. Juli vom Schöffengericht in Stolp zu 24 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Begründung des Urteils ist eine Beschimpfung der Republik und ein Stück deutschnationaler Parteilagerung durch das Gericht. Der „Bätower Anzeiger“ berichtet darüber:

„Das Gericht erkannte die edlen Motive des Angeklagten an, hielt ihm auch zugute, daß die augenblickliche Staatsform wohl nicht der Mehrheit des Volkes entspräche, andererseits sei die Beleidigung doch so schwer, daß das Gericht sich nicht entschließen konnte, eine Geldstrafe festzusetzen.“

Offener haben „republikanische“ Richter noch nie ihren Haß gegen die Republik Ausdruck verliehen. Wird der schuldige Richter wegen dieser schweren Amisorechtung zur Verantwortung gezogen werden?

## „Auf Befehl“

Französische Generale während der Londoner Konferenz.

Es genügt nicht, daß die französischen Truppen noch immer gegen alles Recht sich im Ruhrgebiet aufhalten, die französischen Kommandanten halten sich auch immer noch besugt, in echt militaristischer Weise sich in die inneren deutschen Angelegenheiten einzumischen.

Neuerdings hat der Kommandant der 77. französischen Division, General Jacquemont, der „Deutschen Bergwerks-Zeitung“ befohlen, an der Spitze ihrer Nr. 171 vom 23. Juli einen ihr zugesandten Artikel über die Kriegsschuldfrage zu veröffentlichen.

Dieser Artikel wendet sich gegen die Reichsregierung, die „es für gut befunden hat, ihrer Diplomatie die Kriegsschuldfrage zu stellen“. Das sei — sagt Jacquemont — „höchstwahrscheinlich ein sehr ungünstiger Gedanke, bei dessen Ausführung sie nur her-einfallen kann“. In diesem Sinn geht die ganze Auseinandersetzung fort. Sie spricht davon, daß die deutsche Presse „den Willen des Reichspresseamts“ folge, und von der „hoffnungslosen Waise der Kriegsschuldfrage“. Den deutschen Lesern im Ruhrrevier wird empfohlen, das von den Franzosen herausgegebene „Nachrichtenblatt“ — das wir wiederholt als das schmutzigste Blatt der Welt charakterisiert haben — zu lesen, dort würden sie die Beweise für die Kriegsschuld des kaiserlichen Deutschland finden.

Rum ist die Kriegsschuldfrage soeben erst im Reichstag besprochen worden und Genosse Scheidemann hat dort mit erfrischender Deutlichkeit darauf hingewiesen, welchem innerpolitischen Zweck ihre Wiederaufrollung im gegenwärtigen Augenblick eigentlich dienen soll. Er hat auch ganz klar zum Ausdruck gebracht, wie die Sozialdemokratie sich zu dem Geschrei der Rechten stellt.

Aber was wir im Innern Deutschlands darüber zu sagen haben, geht die französischen Generale gar nichts an. Sie sind unter dem Vorwand ins Ruhrgebiet geschickt worden, daß sie mit ihrer Riesensonne eine Ingenieurkommission „schützen“ sollten. Wenn sie sich jetzt und immer wieder anmaßen, in deutschen Blättern „auf Befehl“ ihre französische Militärpolitik zu propagieren, so machen sie sich ein Recht an, das ihnen nur die bewaffnete Macht sichert, die sie widerrechtlich ins Land führten. Zudem ist diese Routine anzuwenden, gerade während in London über die „Befriedigung Europas“ wochenlang verhandelt wird, zeigt, daß sie auf die Politik herrichts und des Einbroschs pfeifen. Sie folgen damit berühmten Spuren. Der Fall Jacquemont sollte endlich den französischen Linksparteien zeigen, wie schwer die militaristische Gefahr auch für die Politik ihres eigenen Landes ist.

Ein Ammengeck in der Tschechoslowakei. Der Nationalrat hat ein Ammengeck beschlossen, monach die Mutter eines unter vier Wochen alten Kindes nicht als Amme angenommen werden darf, wenn ihr nicht die Möglichkeit gegeben ist, ihr eigenes Kind regelmäßig zu stillen.

## Der thüringische Rückwärtskurs.

Die thüringische Regierung wehrt zwar in ihrem innerpolitischen Programm nicht, was sie positiv bieten soll, aber sie zeigt eine bewundernswürdige Energie im Einreihen alles dessen, was die sozialistische Regierung vor ihr geleistet hat. Ihre sinnlose Ausgemeindungsaktion hat den stürmischen Protest aller einschlägigen Kommunalpolitiker Thüringens ohne jeden Parteiunterschied hervorgerufen. Ihr Vorgehen auf kulturpolitischem Gebiet stößt nicht minder alle fortschrittlichen Elemente ab. Die demokratische thüringische Landtagsabgeordnete Dr. Schulz wendet sich energisch dagegen, daß die thüringische Regierung in einer Art und Weise sich über die Gleichberechtigung der Frau hinwegsetzt, die unter der früheren sozialistischen Regierung ausgeschlossen gewesen sei. Sie schreibt in einem Aufsatz in dem demnächst erscheinenden Augustheft der „Frau“:

„Eins müssen wir Frauen der früheren sozialistischen Regierung Thüringens zugestehen, daß sie es gewagt hat, die den Frauen in der Verfassung zugesandene Gleichberechtigung in die Tat umzusetzen... Als die neue rechtsgerichtete Regierung ans Ruder kam, wurden die Dinge wieder anders. Bei der nun folgenden sogenannten Säuberungsaktion unter den Thüringer Beamten wurde die Referentin für Berufsschulwesen sowie die Oberschulrätin in den Wartestand versetzt, und die beiden Schulkolleginnen sollen folgen.“

Die demokratische Abgeordnete, die selber aus der Liste des famosen Ordnungsblochs gewählt worden ist, kann allerdings nur Dinge beklagen, die die Demokraten durch ihr politisches Verhalten in Thüringen selbst mitverschuldet haben. Die Abneigung der thüringischen Regierung richtet sich nicht nur gegen die Frauen, die „als Vorgesetzte ungeeignet erschienen“, uns gehen auch aus freidenkerlichen Kreisen Thüringens Klagen darüber zu, daß die von der früheren Regierung ihnen zugestandene Gleichberechtigung mit den christlichen Konfessionen jetzt aufgehoben wird. In einer Zuschrift an uns heißt es:

„Die Regierung hat erklärt, daß sie nur für 450 Freidenker einen Lehrer geflatten werde, aber auf 40 Kinder von christlichen Eltern entfällt ein christlicher Lehrer. Den Freidenkern hat die Regierung ihre rechtliche Gleichstellung mit der Kirche genommen, indem sie ihre Anerkennung als Körperschaft öffentlichen Rechts aufhob.“

So wird der Kurs in Thüringen überall rückwärts gesteuert. Dabei ist dieses Vorgehen der Regierung nicht nur stumpfsinnig, sondern auch kurzichtig. In einem Industrielande wie Thüringen muß dieser Kurs des einseitigen Rückwärtsfahrens gegen die Arbeiterschaft, verbunden mit allgemeiner Rückwärtserei auf allen Gebieten, spätestens bei Neuwahlen zum Scheitern kommen, und die Reaktion gegen diese Bürgerblodpolitik kann und wird nicht ausbleiben. In einem neuen Wahlkampf werden die thüringischen Reaktionäre nicht mehr in der Lage sein, mit Versprechungen die Wähler zu betrügen, sie werden ihre Leistungen verteidigen müssen, und das Urteil des Volkes wird danach ausfallen.

## Deutscher Krankenkassentag.

Hamburg, 23. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im weiteren Verlauf der Tagung wurde zur Frage der Erwerbslosenfürsorge eine Entschließung angenommen, die sich gegen die erschwerten Bestimmungen wendet, die den Krankenkassen beim Beitrags-einzug und der Beitragsabführung der Erwerbslosenfürsorge auferlegt worden sind. Außerdem wird in der Entschließung darauf hingewiesen, daß infolge der völlig unzureichenden Erwerbslosenfürsorge die Krankenkassen die Leistungen der Krankenversicherung in Anspruch zu nehmen. Die Krankenkassen sind daher gezwungen, ihre Beiträge wesentlich zu erhöhen, wenn nicht bald durch Ausgestaltung der Erwerbslosenfürsorge oder andere geeignete Maßnahmen ihnen eine ausreichende Entlastung zuteil wird.

Der letzte Teil der Tagesordnung behandelte interne Verbandsangelegenheiten. Hervorzuheben ist, daß der Sitz des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen von Dresden nach Berlin verlegt wird und daß der langjährige Vorsitzende, Präsident Fräsdorf, zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Auf Einladung des Oberbürgermeisters von Düsseldorf und der Düsseldorfer Krankenkassen soll die nächste Tagung in Düsseldorf stattfinden.

## Epidemien...

Von Hans Jacob.

Es sei zur Beruhigung vorweggenommen: Ich will nicht von Krankheiten im eigentlichen Sinne des Wortes sprechen. Wer Zeit findet, müßigen Gedanken nachzugeben — wenn man auf dem Postamt wartet zum Beispiel —, dem können einige Erscheinungen nicht entgangen sein, auf die der Name Epidemie durchaus paßt. Epidemie — eine viele Menschen zur gleichen Zeit befallende Krankheit.

Zunächst meine ich die Epidemie des „Verschenkens“. Seltsam: plötzlich verschwinden aus Menschenfreundlichkeit viele Veranlassungsorte die kostbarsten Gegenstände: Automobile, Motorräder, Zimmereinrichtungen und andere schöne Dinge; in den letzten Tagen Kamus und Segelboote (vermutlich, um sich über Wasser zu halten). Die Eintrittskarte ist demnach einfach ein Lotterietos. Und wer rechnen kann, wird mühelos feststellen, daß auch diese Lotterie bei reger Beteiligung für den Unternehmer... und so weiter...

Sind die Preisausreibungen vielleicht keine Epidemien? Die Anzeigenteile der Zeitungen können die Ausschreibungen kaum mehr fassen. Hier muß bemerkt werden, daß große Unternehmungen schon immer würdige und interessante Wettbewerbe veranstaltet haben; ohne Namen zu nennen, wird jeder die Art kennen, die ich meine. Epidemisch sind dagegen die erst neuerdings aufgetauchten Wettbewerbe, bei denen die häufig kinderbetragte Lösung nahelegt, daß es mehr ist als eine moderne Art der Reklame. Wohnungen (Beschlagnahmefrei, natürlich) — werden „ausgetruddelt“! Wie lange noch, und der erste Preis eines solchen Wettbewerbes ist eine ideale Frau unter eidlicher Garantie und mit der Möglichkeit der Zurückgabe. Da die letzten Wettbewerbe die Masse der Philantropie sollen lösen und die Beteiligung daran eine Wart und mehr kostet, so kann jeder, der rechnen kann, mühelos feststellen, daß auch diese Lotterie bei reger Beteiligung für den Unternehmer...

Eine Epidemie ist eine Krankheit, die viele Menschen zur gleichen Zeit befallt... (oder heimsucht?).

## Busoni über Routine.

Feruccio Busoni, der geniale Klavierspieler und bedeutende Komponist, der so plötzlich gestorben ist, war zwar vor den Toren von Florenz geboren, ist aber in einem langen Leben zu einer der markantesten Erscheinungen der deutschen Musik geworden. Romanisches und Germanisches war in seiner Persönlichkeit eigenartig verschmolzen, und zu dem leidenschaftlichen Gefühl für Klangschönheit und Melodik kam ein durchdringender grübelnder Verstand, der ihn auch zu einem großen Kenner der Musikgeschichte und geistreichen Schriftsteller machte. In keinem Augenblick hatte er nichts vom Klavierspieler, nicht einmal viel vom Künstler; sondern er sah aus wie ein feinsinniger Gelehrter, wie ein tiefgründiger Philosoph. Der

Musikstil hat er neue Wege gemahnen, und besonders fühlte er sich hingezogen zu den deutschen Romantikern, zu E. T. A. Hoffmann und Brentano. Aus dem saftlichen Orange seiner Natur heraus hat er selbst einen „Faust“ gedichtet. Sein ganzes Leben lang hat dieser meisterhafte Beherrscher des Klaviers die bloße Technik bekämpft; in der „Routine“ sah er den größten Feind der wahren Kunst. In ewig beherzigenswerten Worten hat er sich einmal darüber geäußert. „Die Routine wird sehr geschätzt und oft gefordert“, schrieb er. „Aber doch Routine mit dem Begriff der Musik überhaupt nicht in Verbindung gebracht wird, daß sie tatsächlich vorhanden ist und überdies als eine schätzbare Eigenschaft gilt, dieses platte Faktum beweist allein, wie es mit den Anschauungen über Tonkunst steht, wie eng ihre Grenzen gezogen werden, wie wir uns von ihr abenden. Denn Routine ist nichts anderes als die Anweisung einiger Handgriffe und deren unterschiedslose Anwendung auf alle sich bietenden Fälle. Nun denke ich mir aber die Tonkunst so, daß in jeder Fall ein neuer Fall, eine „Ausnahme“ sein sollte. Ein Theater der Ueberrassungen und der Einfälle, alles aus tiefer Menschlichkeit heraus geahnet und der großen Atmosphäre zurückgegeben, aus der es zu den Menschen steigt. Wie hilflos stünde das Heer der „Routiniers“ vor diesen sanften aber unbekämpfbaren Gemälden! Es würde in die Flucht getrieben werden und verschwinden. Routine vermandelt den Tempel in eine Fabrik. Sie zerstört alles Schöpferische. Bedeutet doch Schöpfen ein Formen aus dem Nichts! Routine aber ist die Millionen Exemplarwerkstätte, die „kommandierte Poesie“. Sie gibt, weil sie der Allgemeinheit dient, blüht im Theater, im Orchester, beim Virtuosen und in den „Kunstschulen“, nämlich jenen Anstalten, welche vorzüglich zur Erhaltung der Lehrer eingerichtet sind. Man ist verlockt, auszurufen: „Reißet die Routine! Laßt alles einen Anfang sein, als wäre niemals ein Anfang gewesen! Wißet nichts, sondern denkt und führt und lernt dadurch können!“

Die Bühnengenossenschaft zum Fall Kottler. Die Berliner Bezirksdelegierten berieten gestern den Fall Kottler im Hause der Bühnengenossenschaft. Präsident Kiehl hat bekanntlich in einer ausführlichen Denkschrift die Stellung der Bühnengenossenschaft zu dem künstlerischen Treiben der Kottler dargelegt. Die Frage, ob die Kottler eine Konzession für das Lessingtheater bekommen sollen oder nicht, ist hier zum Ausgangspunkt genommen, um den Kampf gegen das kulturfeindliche Geschäftstheater aufzunehmen, wie es der Kottlertrupp betreibt. Die Genossenschaft macht somit Ernst mit dem Programm, das sie beim letzten großen Streik der Schauspieler aufstellte, daß sie nicht nur berufen ist, die rein gewerkschaftlichen und materiellen Interessen der Bühnenkünstler zu vertreten, sondern auch die Theaterkunst vor der ihr drohenden Barbarei zu schützen. Die Delegiertenversammlung ließ diese Stellungnahme einstimmig gut und mißbilligte das Vorgehen des Obmanns der Kottlerbühnen, der sich auf die Seite seines Prinzipals gestellt hat. Die Genossenschaft hat darüber keinen Zweifel gelassen, daß sie die Konzessionserteilung für das Lessingtheater an die Kottlerfirma mit den stärksten Gründen vermisst. Das Parteipräsidium, das über das Gutachten der Genossenschaft zu entscheiden hat, wird hoffentlich eine der besten Ver-

liner Bühnen, die für das Berliner Theaterleben historische und hoffentlich auch noch aktuelle Bedeutung hat, vor der Verrottung bewahren.

## Moses Runze.

Dem Knüppel-Runze kam es vor, daß er in einem Offteebad den Boden unter den Füßen verlor und fast ertrunken wäre. Schade.

Wie jämmerlich er um Hilfe schreit, verlammet sich viel Volks am Ufer. Jedoch aus Deutschbelangsamkeit läßt man ertrinken den Hilferufer.

Als plötzlich — siehe da — ein Semit. Ein „Knoblauchstinker“, ein „Lohrerer Jig“, Runzen beherzt aus den Bogen zieht. (Die Weltgeschichte ist manchmal wichtig...)

Runze gerettet, ruft: „Wadrer Heiß, Deutgermane, mutenschlossener!“ Jener jedoch, noch nicht vorgefressen, murmelt: „Bestatten: Sally Posner.“

Da schwilt des Runze Krampfaderngeflecht: „Gierder Jude, dos sollst du mir büßen, Durch diese Fremdworttücke erst recht Verlor ich den Boden unter den Füßen!“

Du hast mir mein Heßgewerbe verkauft, Nech, ist's, daß mit gleicher Münze ich zahle. Dein Unrecht geht nur auf meine Haut, Mein Geiß bleibt Republikanibale!“

Damit entraucht er, ein deutscher Kar, Und sprach am Abend in höchster Vollendung Ueber: „Die deutsche Judenengeßahr Durch Ritualmord und Rassenhändung.“

Ich aber habe für ihn im Geiß Den Namen Moses Runze erwogen (Statt Knüppel-Runze). Denn Moses heißt Laut Bibel: Er ward aus dem Wasser gezogen!

Mich v. Lindenbäden.

Die Trauerfeier für Busoni findet Mittwoch, mittag 12 Uhr, im großen Sitzungssaal der Akademie der Künste, Pariser Platz 4, statt.

Professor Eugen Eibach, der bekannte Lieberkühner und Komponist, starb nach längerer Krankheit in einem Jöhndorfer Sanatorium im 75. Lebensjahre.

Ein neues Landes-theater. Die Nordmark gründete ein eigenes Landes-theater mit dem Sitz in Schiedau. Die Bühne des Stadttheaters in Schiedau wurde umgebaut und mit Rundbühnen, Südbühnen und modernen Beleuchtungsanlagen versehen. Zum Intendanten wurde der Direktor des früheren Bernburger Stadttheaters, Hans Bruno Sauer, gewählt.



## Kampf gegen die Hungerzölle in Oesterreich

Wien, 27. Juli. Der Zolltarif, den die Regierung im Mai dem Nationalrat vorgelegt hat und den sie nach der Sommerferien des Parlaments durchzubringen hoffte, ist nicht nur ein Beweis, wie wenig die sogenannten „Wirtschaftler“ die wirtschaftlichen Bedürfnisse ihres eigenen Landes, ihrer eigenen Klasse, ja ihres eigenen Berufs erkennen, sondern viel mehr noch ein Beweis, daß sie alle Sonderinteressen der einzelnen Gruppen dem einen Interesse des Klassenkampfes gegen das Proletariat unterordnen.

Seine Entstehung verdankt dieser Gesetzentwurf allerdings dem Bedürfnis einer Reihe von Industrien, namentlich der Textilindustrie, der chemischen Industrie und der Glasindustrie, sich gegen die Überlegenheit, zum Teil auf Dumping beruhende Konkurrenz des Auslandes zu schützen, andererseits dem Bedürfnis der Wirtschaft, sich bei den Handelsvertragsverhandlungen mit dem Ausland, vor allem mit Deutschland und der Tschechoslowakei, Kompensationsmöglichkeiten zu schaffen. Aber bei der Ausarbeitung des Zolltarifs ist dieser weit über diese beiden Zwecke hinaus gelaufen — dank dem alten Bündnis zwischen den Industriellen und der führenden Gruppe der Scharfmacher unter den Industriellen, den Schwerindustriellen, und den Agrariern — und obwohl die Industrie unter den hohen Zöllen, die auf agrarische und auf schwerindustrielle Produkte gelegt werden, schwer leidet, hat sie sich diesem Zolltarif ohne großen Widerstand gefügt, weil sie diese beiden Vorkämpfer im Kampf gegen die Arbeiter nicht im Stich lassen wollte.

Durch die Wiedereinführung der seit dem Kriege aufgehobenen Zölle auf Lebensmittel und auf Eisen wurde der Zolltarif aus einem Schutz Zolltarif zu einem Hungerzolltarif. Freilich behaupten die Agrarier wie die Eisenindustriellen, daß auch ihre Zölle nur Schutzzölle seien. Aber weder die Getreidezölle, noch die Zölle auf Eisen sind zum Schutz der Landwirtschaft und der Eisenindustrie notwendig.

Unsere Landwirtschaft ist reine Unterhaltwirtschaft, deren Beförderer vor allem an billigen Lebensmitteln interessiert sind. Das ist heute in noch weit größerem Maße der Fall als im alten Oesterreich, wo im Jahre 1910 durch Erhebungen des Landwirtschaftsministeriums festgestellt wurde, daß höchstens 10 Proz. aller landwirtschaftlichen Betriebe Getreide in solchem Maße verkaufen, daß hohe Getreidepreise ihnen Vorteil bringen. Damals waren 72 Proz. aller Betriebe unter zehn Hektar groß. Heute, wo wir alle Länder mit großem Grundbesitz verloren haben, und wo uns eigentlich nur das Alpengebiet mit seinem Vorkauf geblieben ist, sind es noch viel weniger Betriebe, für die der Verkauf von Getreide irgendwie ins Gewicht fällt. Sind doch nur noch 2 1/2 Proz. aller Betriebe über 50 Hektar groß.

Noch viel weniger ist die Eisenindustrie schutzbedürftig. Noch kurz vor der Einbringung der Zollvorlage erklärte die Regierung, daß Kohlen zollfrei bleiben sollte. Aber die Alpine Montanengesellschaft hat es durchgesetzt, daß ihre Erzeugnisse Zollschutz erhalten. Herr Castiglioni ist trotz aller Standese, die sich an seinen Namen knüpfen, noch ein mächtiger Herr. Und so wird die ganze eisenverarbeitende Industrie, wird die ganze Wirtschaft zugunsten des Herrn Castiglioni belastet. Natürlich wird da auch auf das Interesse der Hüttenarbeiter hingewiesen, und um die begriffsstumpfen Hüttenarbeiter zu zwingen, ihr Interesse zu erkennen und zugleich eine Erpressung an der gesetzgebenden Körperschaft zu begeben, hat die Alpine Montanengesellschaft sofort einige Hütten stillgelegt mit der Begründung, daß der Betrieb ohne Schutzzölle nicht rentabel sei. Wie verderblich aber der Eisenzoll für die gesamte Industrie und vor allem für die Arbeiterklasse ist, geht schon aus der einen Tatsache hervor, daß in unseren Hüttenwerken 2000 Arbeiter beschäftigt sind, in der Metall- und Maschinenindustrie aber 167 000 Arbeiter.

Man haben aber nicht nur die Agrarier und die Eisenindustriellen, sondern auch viele andere Industrielle hohe Zölle durchgesetzt. Der Zolltarif spricht sich selbst das Urteil dadurch, daß er eine geradezu systematische Begünstigung der Rohstoff- und Halbfabrikatindustrie gegenüber der Feinindustrie enthält. In Wirklichkeit würde aber das Interesse unserer Volkswirtschaft das Gegenteil erfordern. Im alten Oesterreich hat unsere Industrie vornehmlich für den heimischen Markt produziert, der ihr durch hohe Zölle geschützt wurde. Die großen Inlandsmärkte hat sie verloren, sie ist auf den Export angewiesen. Hohe Zölle nützen ihr also nichts, hohe Rohstoffzölle, hohe Zölle auf Halbfabrikate und hohe Agrarzölle verteuern nur ihre Produktion und erschweren ihre Exportfähigkeit.

Das alles haben die Sozialdemokraten in den monatelangen Beratungen dargelegt. Sie haben auch der Landwirtschaft als Ersatz für die Getreidezölle die Schaffung des Getreideeinfuhrmonopols nach Schweizer Muster angeboten. Anfangs schien es, als ob die agrarischen Abgeordneten dieser Idee nicht ganz ablehnend gegenüberständen, zumal auch die acht sozialdemokratischen Kleinbauernvertreter mit Entschiedenheit gegen die Getreidezölle auftraten. Aber bald sind sie im Inneren ihrer Rente doch wieder zu den Getreidezöllen zurückgekehrt.

Man ist es den Sozialdemokraten allerdings gelungen, im Ausschuss einige kleine Herabsetzungen einiger Zölle durchzusetzen. So wurde der Zoll auf Stabellen von 280 auf 250 Bodtronen herabgesetzt. Aber schon bei den Zöllen auf Textilwaren funktionierte das Bündnis zwischen Agrariern und Industriellen wieder vortrefflich. Die Agrarier lehnten selbst die Herabsetzung der Zölle auf die groben Gewebe, aus denen die Bauernkleider erzeugt werden, ab. Und so sehr die Regierung auch wegen der Handelsvertragsverhandlungen auf eine rasche Erledigung der Vorlage drängte, lehnten die Regierungsparteien doch die von den Sozialdemokraten verlangte Herabsetzung der Nahrungsmittelzölle ab, womit die Aussichten auf eine Erledigung des Zolltarifs noch vor den Sommerferien vereitelt würden.

## Kriegsanleihe schwächer.

### Folgen der Aufwertungsberatungen.

Die Berliner Börse eröffnete heute bei ruhigen Geschäft in etwas unsicherer Haltung. Die Kurse erwiesen sich allerdings auf den meisten Märkten als widerstandsfähig. Der gestrige Beschluß der Londoner Konferenz über die Hinzulegung deutscher Vertreter an einem nach nicht festgelegtem Zeitpunkt bereite der Börse eine gewisse Enttäuschung, da man mit einer sofortigen Einleitung gerechnet hatte. Außerdem wirkte die Nachricht über den Abbruch der Wicam-Verhandlungen gerade mit Rücksicht auf die Hinzuverlagerung in der Entscheidung in London verstimmend. Schließlich hat die gestrige Vernehmung von Sachverständigen im Aufwertungs Ausschuss des Reichstages viele Illusionen der Börsenpekulation am Anleihemarkt zerstört. Man ist gerade in Berlinkreisen erstaunt darüber, daß die Sachverständigen sich ausnahmslos gegen eine stärkere Aufwertung ausgesprochen haben. Man hatte erwartet, daß wenigstens ein Teil für Aufwertung der Kriegs- und Vorkriegsanleihen eintreten würde. Dementsprechend waren auch heute die inländischen Anleihen besonders stark angeboten. Kriegsanleihe wurde bei Beginn der Börse mit 292 1/2 gehandelt. 3 1/2 Proz. preußische Konsols gingen mit 64—65 um. Auf dem Aktienmarkt war das Geschäft ziemlich still. Stärkeres Interesse besteht nur für die Aktienwerte im Hinblick auf das erhebliche Darlehen, das der Kollindusrie durch die Golddiskontbank zur Verfügung gestellt wurde.

## Nationalgalerie.

Wenn man die mächtigen Säulenarkaden zwischen den beiden Armen der Spree durchwandert, dann braucht man nicht, ohnehin schon geängstigt durch den Anblick des Domes, sich der Befürchtung hinzugeben, der hochragende Säulengang mit dem Riesendenkmal auf der Treppe könnte ein Königsmauloleum sein.

Rein, trotz des felsigen, an sich nicht unehelichen, nur zu stark byzantinisch beeinflussten Äußeren ist hier eines der wertvollsten Museen, dessen Ruf weit über Deutschland hinausgeht. Früher sah es darin einmal toll aus. Wilhelmshinches Zeitalter feierte Schlachten- und Wehrbrauchsgenien. Heute, nach einer Neuordnung im doppelten Sinne, atmet das Museum edlen Geist wahrer Kunst und nur einiges ist geblieben, was an Geschmack und Wesen jener früheren Zeit erinnert. Gut, daß es da ist. Man wüßte ja sonst nicht, um wie viel besser es trotz allem bei uns geworden ist. Da gibt es zum Beispiel bescheldene bürgerliche Namen, die von höchstem Glanze in aller Welt sind und solche — nicht immer ihnen ebenbürtig, manchmal in Riesensabstand davon —, die das stolze Weisprädikat tragen. J. B. Anton von Werner (kein Unsterblicher). Verdienststadel! Wäre es nicht besser, diese Weisheiten auf den Schildern zu ändern? Oder gibt es einen Theaterzettel, der die Räuber von Friedrich von Schiller anführt? Dies — und noch etwas mehr, z. B. die süßlichen, hier künstlerisch unmöglichen Begas-Plastiken — erinnern uns an die frühere Zeit. Vergessen wir sie und wenden wir uns ungetrübtem Kunstgenuss zu. Es sind große Namen, die hier nicht nur vertreten, sondern in reichhaltiger, ein Gesamtbild erschöpfend wiedergebender Sammlung vertreten sind. Zunächst: Feuerbach, Böcklin, Thoma. Es genügt vollständig, beim ersten Besuch sich auf diese drei (den etwas schwerer verständlichen Marxes kann man noch mitrechnen) zu beschränken. Man wird das Museum in beständigem Zustande verlassen. Wandert man aber gleich das ganze Museum durch, so scheidet man verwirrt und loer. Ein weiterer Besuch führt von Menzel bis Trübner durch längere Wanderung. Ganz besonders soll man dabei auf Leibl, Speri und den Wiener Waldmüller achten. Hier ist Kunst, die aus dem Volke schöpft und Volksseele vollendet gestaltet. Wer sie verstehen lernt, trägt mit sich neuen schönen Besitz. Das letzte Stadtwerk endlich kann man sich schenken. Es ist historisch wertvoll, ganz besonders für den Kunstforscher eines bestimmten Zeitabschnittes — aber der Arbeiter, der ein Museum besucht, soll ja nicht danach trachten, wissenschaftlich und kritisch an die Dinge heranzutreten, er soll Kunst als das nehmen, als was sie geschaffen ist: als ursprüngliche stärkste Quelle von Schönheit und Freude und als eine natürliche Verbindung mit dem Leben. Wer das sucht, wird in der Nationalgalerie ganz auf seine Rechnung kommen. Das frühere Kronprinzenpalais gehört heute auch zur Nationalgalerie. Nur durch diese Teilung war die vorzügliche Neuordnung möglich. Darüber ein anderes Mal. Für heute nur: der Tempel hinter den Säulenarkaden ist ein bedeutendes Museum voll lebensvoller Werte. Wer nur einigermaßen Zeit hat, der möge nicht daran vorbeigehen.

## Strohmeyer, der Hühnerdieb.

### Festnahme eines lange Gesuchten in Tege.

Eine überraschende Aufführung fanden gestern Hühnerdiebstähle, die seit geraumer Zeit fortgesetzt in Tege, Pantow, Lichterode und anderen Vororten verübt wurden. Überall verschwanden von den Höfen oder von der Straße einzelne Hühner, deren Verbleib niemals festgestellt werden konnte.

Gestern beobachtete in Tege eine Frau, wie ein alter Scherenscheifer, der mit seinem Kasten umherzog, ihren Hühnern Hof vorstreute, um sie damit anzulocken. Nach seinem Weggang fehlte ihr eins. Sie hatte ihn jetzt im Verdacht, folgte ihm rasch und sah, wie er an einer Stelle, an der er sich sicher glaubte, ihr Huhn aus seinem Schließfalten herausnahm, es waghellig betastete und dann wieder hineinsteckte. Jetzt ließ sie den Alten festnehmen, und es ergab sich, daß man endlich den lange gesuchten Dieb gefaßt hatte. Es ist ein 73 Jahre alter Scherenscheifer, der unter dem Namen Strohmeyer in der Lange Straße wohnt. Die Kriminalpolizei, der er vorgeführt wurde, fand hier in seiner Stube, die er allein bewohnte, noch eine Anzahl Hühner, die er ebenfalls gestohlen hat. Er hauste mit den Tieren zusammen, die auch auf seinem Bette schliefen, und fütterte sie gut. Die Eier, die sie ihm in dem gemeinsamen Quartier legten, verzehrte er selbst. Hatte er einmal Appetit auf einen Braten, so schlachtete er ein Huhn, das gerade gar nicht oder am wenigsten legte. Den Haler, mit dem er die Tiere auf seinen Schließfaltenfahrten anbotte, stahl er ebenfalls. Wie der Alte richtig heißt, weiß man noch nicht. Er ist wegen Hühnerdiebstahls schon unter dem Namen Strohmeyer oder auch schon unter dem Namen Böddie bestraft.

## Aufgehobene Schlichtungskammern.

Die erst im vorigen Jahre gebildeten Schlichtungskammern, die nur Streitigkeiten über laufende Instandsetzungen zu erledigen hatten und keinen großen praktischen Wert besaßen, da ihnen eine Zwangsbesetzung für die Ausübung solcher Instandsetzungen nicht zustand, sind kürzlich für Groß-Berlin aufgehoben worden. An ihre Stelle sollen die Bezirkswohnungsämter treten. Man hat aber noch nichts davon gehört, ob nun das Wohnungsamt, wie bisher die Schlichtungskammer, mit den Parteien in regelrechten Terminen unter Beteiligung von Beisitzern verhandeln oder die einzelnen Anträge vom grünen Tisch aus erledigen wird. Die neue Regelung scheint mit dem Beamtenabbau in Verbindung zu stehen.

## Auch eine Tierausstellung.

„Einfach und zweckmäßig“ ist ein Lösungswort, das, wenn man nach ihm handelt, auf jedem Gebiete Gutes stiften kann. Verbesserungen, Reformen nur allüberall notwendig, darum nahm sich die Werkfreude (Magdeburger Straße 7) u. a. des Kinderpielzeugs an. Es gibt dort viel Vortreffliches zu schauen, so Tiere und Puppen aus Holz, die Staudinger aus Sonneberg in Thüringen, fein beobachtet in der Bewegung, festgehalten hat. Dabei sind die Formen einfach, so daß die Dinge mechanisch hergestellt werden können, ohne die Idee zu ähnen und den Dingen die Schönheit zu nehmen. Höchst anschaulich bei aller Schlichtheit ist eine Schafherde. Jedes Schafchen kostet 10 Pfennig. Es ist von dunklem Holz, Gestalt und Augen sind derartig primitiv angedeutet, daß sie niemals die Phantasie des Kindes erschlagen. Im Gegenteil, sie geben ihr reichlich zu tun. Die Kaninchen und Gänse, sehr ansprechend in ihrer nicht leicht zerbrechenden Form, sind durch ihre leuchtenden Farben recht wirkungsvoll. Ihr Kostenpreis beläuft sich auf 40 und 60 Pfennig das Stück. Stabil sind auch die Pferde. Bei ihnen handelt es sich um regelrechte Karrenzüge, die auf Rollen laufen, die zwischen den Beinen befestigt sind. Diese Rollenverteilung läßt sie zwar etwas plump erscheinen, doch schadet ihnen ob ihrer Festigkeit selbst die ärgste, meist ungewollte Mißhandlung durch Kinderhand nicht. In Farben- und Ideenreichtum (Schweiß Drechsler-Berlin. Mit Lust und Freude schafft er — Augustspielzeug u. g. Der gute Geschmack stand hier bei seinem weisen Gesanken mit eingesehten Augen und beweglichen Ohren Schwanz und Rüssel, der aber über 10 Mark kostet. Und vorzügliche Holztiere, die, wenn sie gefahren werden, den Kopf bewegen, kosten 15 Mark. Dergleichen sind Straußenschnur- und -reiter teuer, doch schuf Drechsler auch billige Sachen. J. B. eine Entenkarikatur und lustige Mäuse, Schmetterlinge, Fliegen, Krottille und Schnecken, die ihre Füßchen bewegen. Sehr empfehlenswert sind die Wagen, denn sie sind dauer-

haft, geräumt und können jedes Pflaster vertragen. Unter all diesen aus Holz gestalteten Herrlichkeiten fällt ein Elefant auf, der der eigene Entwurf eines Schriftstellers ist. Er weist einen aufmerksamen Beobachter darauf hin, daß, wenn man Zeichenkaut hat und die Saubfänge zu handhaben versteht, es gar nicht schwerfallen kann, einem Kinde selbst einen Zoologischen Garten herzustellen.

## Die Preisausschreiben.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst von zuständiger Seite erfährt, ist in den letzten Wochen vom Polizeipräsidenten Berlin gegen die Veranlasser von Preisausschreiben eine Reihe von Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, deren Zahl sich auf mehrere Hunderte beläuft. Diese Verfahren wurden teils vom Polizeipräsidenten unmittelbar eingeleitet, teils erfolgten sie auf Grund von Anzeigen aus dem Publikum, das sich in wachsendem Maße überörtelt hat und sich an das Polizeipräsidenten um Hilfe wendet. Bei den Prüfungen dieser Anzeigen stellte es sich heraus, daß die Preisausschreiben nicht in allen Fällen den harmlosen Charakter tragen, den sie sich zu geben suchten. Es handelte sich hauptsächlich bei den Veranlassungen, wie wiederholt einwandfrei festgestellt werden konnte, um Personen, die unter Geschäftsaufsicht stehen, denen die Handlungserlaubnis entzogen ist, die nicht als selbständige Kaufleute anzusehen sind usw. Ein abschließendes Ergebnis der eingeleiteten Ermittlungsverfahren liegt noch nicht vor.

## Außergewöhnlich Kriminalbeamte.

An die Anrechen geriet am Montag früh ein Wegelagerer an der Ecke der Segdel- und Alsen Jakobstraße. Als dort um 4 Uhr zwei Männer vorübergingen, sprang ein junger Mann hinter einer Mischkühe hervor, schlug eine Pistole auf sie an und rief ihnen zu: „Die Marie“ her oder das Leben! Die beiden, es waren außergewöhnlich Kriminalbeamte, verabredeten ihm aber nicht ihre „Marie“ (d. h. Portemonnaie oder Brieftasche), sondern eine kräftige Ohrspeige, nahmen ihm die Waffe ab und brachten ihn nach der Wache, wo er als ein 22 Jahre alter Sattler Fritz heute festgesetzt wurde.

Eine Ehekradde, die sich am 29. Mai d. J. morgens in dem Hause Friedrichstraße 3 abspielte, ist noch immer nicht ganz aufgeklärt. An jenem Morgen wurde der 39 Jahre alte Hauptmann A. D. Holz von seiner Frau, die er schwer mißhandelte, durch einen Revolvererschuss in den Bauch so schwer verletzt, daß er in der Charité schon während der Operation starb. Der Erschossene soll nun an dem Abend vor dem verhängnisvollen Morgen mit einem etwa 35 Jahre alten Mädchen in verschiedenen Stübchen gewesen sein, sich dann mit ihm über den Belle-Alliance-Platz nach der Friedrichstraße 3 begeben und hier mit ihm vor dem Hause auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig eine Welle gestanden haben. Dabei soll Frau Holz mit diesem Mädchen einen Streit gehabt haben, nachdem sie das Paar gesehen hatte und aus der Wohnung herauskommen war. Dieses Mädchen wird vom Untersuchungsrichter des Landgerichts I als wichtige Zeugin gesucht. Es soll etwa 35 Jahre alt sein, aber weit jünger aussehen, machte den Eindruck eines gesunden Mädchens vom Lande und trug ein graues Kostüm, vielleicht Cabardine, und abwechselnd einen roten und einen weißen Hut. Die Zeugin wird ersucht, sich bei Kriminalkommissar Dräger, Dienststelle A 7, im Polizeipräsidenten zu melden.

Verlegung des Fürstorgans für Barmie aus den Grenzgebieten. Am 23. Juli werden die bisher „In den Zeiten 21“ untergebrachten Abteilungen des Fürstorgans nach dem Schloß am Lustgarten verlegt. Es sind dann sämtliche Abteilungen dort vereinigt. Anschritt: Fürstorgan für Barmie aus den Grenzgebieten in Berlin C. 2. Schloß. Anruf: Merkur 2651—2656.

Die Zahlung der August-Ruhegehälter, Wartegelder usw. bei den Versorgungsämtern I—VI Berlin und der Reichsversorgungskasse in der Königgräzer Straße 122 erfolgt am Dienstag, den 29. Juli, in der für den Monat Juli festgesetzten Höhe. Für Kontoinhaber und Postempfänger werden die Bezüge rechtzeitig überwiesen werden. Die Zahlung der Militärrenten bei den Postanstalten erfolgt wie üblich.

Wiedereröffnung der Stadtbibliothek, Breite Str. 37. Die Stadtbibliothek ist mit Ausnahme der Abteilung III, Literaturgeschichte und Diätetik, vom 4. August d. J. ab wieder zur Ausleihe von Büchern geöffnet.

## Zum Hamborner Grubenunglück.

Ueber das Grubenunglück auf der Zeche IV der Gewerkschaft Friedrich Thyssen, dem sechs Bergleute, sämtlich verheiratet, zum Opfer fielen, werden noch folgende Einzelheiten gemeldet:

In einem sogenannten blinden Schacht, in dem die Lebensförderung von Kohle betrieben wird, stürzten am Montag Nachmittag 2 Uhr auf der Strecke zwischen der fünften und sechsten Sohle infolge Seilbruches zwei Förderkörbe etwa 80 Meter tief in den Schacht. Einer der Körbe war mit sechs Bergleuten, zwei Steigern und vier Hauern, besetzt, die bei dem jähen Sturz sämtlich den Tod fanden. Bei den Bergungsarbeiten hatte man mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu kämpfen, was die Bergungsarbeiten herausgab. Nähere Angaben über die Ursache des Seilbruches lassen sich noch nicht machen. Wie die Zeche bekanntgibt, hat noch am letzten Sonnabend eine Seilprüfung der durch die Bergbehörde konzipierten Seilschaft stattgefunden, bei der sich eine 18,8fache Sicherheit des Seiles ergab. Der Korb war mit seinen Einrichtungen für 14 Mann also keineswegs überlastet. Der andere Korb (enthielt mehrere Kohlenwagen. Anscheinend haben die Bergungsarbeiten verfehlt oder sie sind, weil sie zu schwach waren, um die Gewalt des Sturzes aufzuhalten, gerissen. Auch an der Fördermaschine waren am letzten Samstag noch Verbesserungen vorgenommen worden. So war ein schadhaftes Zahnrad durch ein neues ersetzt worden. Seit dem Explosionsunglück im Jahre 1918 ist dieses Unglück das erste, das den Hamborner Bergbau betroffen hat.

## Schwere Dampferkatastrophe.

### Ein japanischer Dampfer mit 192 Personen untergegangen.

Einer Meldung aus Otaru zufolge ist der der Nordjapanischen Dampfschiffahrtsgesellschaft gehörige Dampfer „Tai Raineru“ auf der Höhe von Kap Rotoro untergegangen. Man nimmt an, daß 188 Passagiere und 54 Mann der Besatzung den Tod in den Wellen gefunden haben. 18 Passagiere und 5 Mann der Besatzung landeten auf Rettungsbooten in dem Dorfe Rotoro. Ob der Dampfer auf einen Felsen gelaufen oder mit einem anderen Schiff zusammengestoßen ist, ist noch ungewiß.

## Großer Speicherbrand in Königsberg.

Im Speicherviertel an der Anstaltenstraße in Königsberg brach heute früh gegen 6 1/2 Uhr Großfeuer aus. In den unteren Räumen des Speichers, in denen die ostpreussische Handelsvereinigung Futtermittel gelagert hat, war vermutlich durch Kurzschluss ein Brand entstanden, der binnen kurzem den großen Speicher in ein Flammenmeer hüllte; auch die benachbarten und gegenüberliegenden Speicher wurden zum Teil von den Flammen ergriffen. Zur Bekämpfung des Brandes wurde die gesamte Berufsfeuerwehr aufgebaut. Der Brandherd stürzte gegen 7 1/2 Uhr im Innern zusammen. Zum Glück herrschte Windstille. Nach 8 Uhr war die Gefahr eines weiteren Umflügelns des Brandes behoben.

Eisenbahnzusammenstoß in Emden. Auf der Station Hammerfeld in Emden sind gestern 2 Personenzüge zusammengefahren, 4 Personen wurden getötet, 29 schwer verletzt. Unter den Verletzten befanden sich Frauen und Kinder.



# Gewerkschaftsbewegung

## Der Arbeitsnachweis der Metallindustrie.

### Richtlinien für Lohnkämpfe.

Am der Nr. 336 des „Vorwärts“ berichteten wir über Verhandlungen zwischen den im Metallartell vereinigten Organisationen und dem Verband Berliner Metallindustrieller über eine Neuorganisation des Arbeitsnachweises abzukommen. Inzwischen haben weitere Besprechungen stattgefunden, über deren Ergebnis Bevollmächtigter Ziska gestern in einer Funktionärskonferenz berichtete.

Den Unternehmern kamen bei ihren Anträgen, die eine Lockerung des Benutzungszwanges darstellten, die Bestimmungen des Arbeitsnachweisgesetzes zu stehen, das den Benutzungszwang auch nicht vorsieht. Den Unterhändlern des Metallartells gelang es aber schließlich, ein gut Teil der Anträge des BMM abzuwehren und andere abzumildern. Der neue Entwurf eines Nachweisabkommens, der der Verammlung zur Beschlussfassung vorlag, ändert die Zahl der auf „Prozente“ einzustellenden; es können in Zukunft in Betrieben bis zu 10 Arbeitnehmern jährlich 3 Arbeiter, in Betrieben von 11 bis 60 Arbeitnehmern jährlich 6 Arbeiter und in Betrieben mit über 60 Beschäftigten 10 Proz. der Belegschaft frei eingestellt werden, wobei aber die Bestimmung in Geltung geblieben ist, daß diese Eingestellten die Kontrollstelle des Arbeitsnachweises passieren müssen. Die Stärke der Belegschaft wird am 1. April jedes Jahres ermittelt. Die Arbeitgeber haben weiter das Recht, Entlassungen, deren Austritt vor nicht länger als einem Jahr erfolgte, wieder frei einzustellen. Auch hier findet nur eine Kontrolle des Nachweises statt. Eine Anrechnung auf Prozente findet nur statt, wenn sich bei der Kontrolle ergibt, daß der Eingestellte vorher nicht in dem Betrieb gearbeitet hat. Zu dieser Bestimmung ist folgende Protokollnotiz vereinbart worden:

„Die Parteien sind sich darüber einig, daß ausschließlicher Zweck dieser Bestimmung ist, den Betrieben die Möglichkeit zu geben, wenn sie durch wirtschaftliche Verhältnisse zu starken Entlassungen, insbesondere ihre Stämme an eingearbeiteten Facharbeitern und Spezialisten genötigt waren, diese wieder für die alten Arbeitsplätze zu gewinnen und so das Wiedereingangsrecht des Betriebes zu beschleunigen. Die Bestimmung soll nicht dazu führen, daß Arbeitnehmer, die inzwischen anderwärts einen festen Arbeitsplatz gefunden haben, gegen den Willen der derzeitigen Arbeitgeber diesen weggeworfen werden, ferner auch nicht dazu, daß ohne wirtschaftliche Notwendigkeit immer dieselben Leute wieder in Arbeit kommen, während gleichwertige Kräfte, die sich beim Arbeitsmarkt meiden, arbeitslos bleiben.“

In Absatz 5 des Abkommens ist den Arbeitgebern das Recht gegeben, Arbeiter unter Kontrolle des Nachweises frei einstellen zu können, wenn der Nachweis nicht in der Lage ist, innerhalb zweier Tage angeforderte Facharbeiter zu vermitteln; die Einstellung gilt nicht als Prozenteinstellung. Ein Zwang, vermittelte Arbeiter anzunehmen oder nachgewiesene Arbeit aufzunehmen, besteht für keine der Parteien.

Trotzdem dieser Entwurf Verschlechterungen gegenüber dem bisher bestehenden Abkommen aufweist, muß doch anerkannt werden, daß er immer noch eine bessere Kontrolle über die Arbeitereinstellungen in der Metallindustrie ermöglicht, als es auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes möglich wäre. Das war auch für die Funktionäre der Grund für die Annahme des Entwurfs, die gegen eine schwache Minderheit erfolgte. Das Abkommen tritt am 1. August in Kraft.

Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurde vom Vorsitzenden des Metallartells, Ulrich, festgestellt, daß während der lohnaristokratischen Zeit die Lohnbewegungen in den einzelnen Betrieben nicht immer nach gewerkschaftlichen Grundregeln geführt worden sind. Der Abschluß von Haustarifen hat sich nicht das gewünschte Ergebnis gebracht. Vom Schlichtungsausschuß ist in den Einzelfällen der letzte Schiedspruch gefällt worden, den die Funktionäre abgelehnt hatten. Um in Zukunft die Lohnbewegungen in geordnete Bahnen zu lenken, schlug das Metallartell eine Entschärfung vor, der gegen wenige Stimmen zugestimmt wurde. Die Entschärfung hat folgenden Wortlaut:

Das Metallartell steht nach wie vor auf dem Boden der kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen.

Der Standpunkt des BMM ist für die Festsetzung der Löhne nicht einig mit den Organisationen des Metallartells z. Zt. unmöglich, zu einem für sie tragbaren Lohnabkommen mit dem BMM zu gelangen. Die von den Belegschaften einzelner Betriebe oder von einzelnen Arbeitnehmergruppen erstrebten Lohnerhöhungen sind nur durch die in Betracht kommenden Organisationen des Metallartells vorzubereiten und durchzuführen.

## Technische Nothilfe und Wirtschaftskämpfe.

Zu der unter dieser Überschrift in Nr. 316 des „Vorwärts“ veröffentlichten Erklärung des Deutschen Landarbeitersbundes schickt uns die Zeitung der Technischen Nothilfe eine Erwiderung ein. Hiernach mußte die Technische Nothilfe trotz der Bereitwilligkeit der ostpreussischen Landarbeiter, Nothilfsarbeiten zu leisten, eingesetzt werden, weil die Landarbeiter unter dem Begriff Nothilfsarbeiten nur die Pflege und Wartung des Viehes, nicht aber die Beseitigung der vom Oberpräsidenten für Ostpreußen zur Nothilfsarbeit erhobenen Saatbestellung verstanden. Das in der Erklärung des Deutschen Landarbeitersbundes erwähnte Rundschreiben des Landwirtschaftsverbandes, Kreisgruppe Angerburg, das die Besitzer auffordert, keine Nothilfsarbeiten durch streikende Landarbeiter verrichten zu lassen, sei der Tenor erst im Mai bekanntgeworden, zu einem Zeitpunkt, an dem bereits ein Rundschreiben des Landwirtschaftsverbandes der Provinz vorlag, das den Landwirten empfiehlt, dem Leutesiech das Fuhrer zu verabsagen. Die Behauptung, die Arbeitgeber hätten zum Teil die Fütterung des Deutviehes eingestellt, sei von der Landesbezirksstelle der Technischen Nothilfe für Ostpreußen zum Einfluß genommen worden, die Gausleitung des Deutschen Landarbeitersverbandes in Königsberg aufzufordern, schnellstens eine Liste der luthererweigernden Arbeitgeber einzureichen. Leider sei diese Liste bis zum 9. Juli noch nicht eingereicht worden. Von einer öffentlichen Parteinarbeit könne bei einem solchen Sachverhalt unmöglich gesprochen werden.

Zu dieser Erwiderung ist zunächst zu bemerken, daß die Erklärung der Landarbeiter, nur die Wartung und Pflege des Viehes als Nothilfsarbeit auszuführen zu wollen, für die Technische Nothilfe solange kein Anlaß zum Eingreifen sein durfte, solange die Landarbeiter nicht durch die Tat bezeugten, wirklich nicht mehr leisten zu wollen. Der Tenor genügt für den Einfluß der Feststellung, daß Nothilfsarbeiten nicht ausgeführt werden. Ob hieran die Arbeiter, oder wie es, nebenbei bemerkt, in Wirklichkeit der Fall war, die Arbeitgeber (schuld waren, machte ihr keine Kopfschmerzen. Es machte ihr auch keine Kopfschmerzen, daß die Beseitigung des Oberpräsidenten, nach der auch die Saatbestellung zur „Nothilfsarbeit“ gerechnet werden muß, faktisch darauf hinausläuft, den Streik der Landarbeiter von vornherein unmöglich zu machen. Ein solches Verhalten der Tenor ist zum Vorteil und Nutzen der Arbeitgeber.

Das Rundschreiben des Landwirtschaftsverbandes, Kreisgruppe Angerburg, mußte der Tenor schon früher als im Mai bekanntgeworden sein, denn es wurde bereits am 24. April herausgegeben. Abgesehen hiervon, verdient es auch Beachtung nach dem Erscheinen des in der Erklärung der Tenor erwähnten Rundschreibens des Landwirtschaftsverbandes der Provinz, weil das Provinzrundschreiben, soweit uns bekannt ist, nur zur Fütterung des Deutviehes, nicht aber zur Heranziehung der streikenden Landarbeiter zur Beseitigung von Nothilfsarbeiten aufrief.

Die Verhandlungen wegen der Uebergabe einer Liste der luthererweigernden Arbeitgeber fanden erst kurz vor Beendigung des Streiks statt. Das Erscheinen der Gausleitung des Deutschen Landarbeitersverbandes zu spät, so daß sie sich sagte, es habe keinen Wert mehr, die Listenerehebungen durchzuführen. Wenn es der Leitung der Tenor aber wirklich um die Räumlichmachung einiger Besitztümer zu tun ist, ersuchen wir sie, sich mit dem Vorstand des Deutschen Landarbeitersverbandes in Verbindung zu setzen. Er kann mit Namen dienen.

## Streik in der Rifenbranche.

Am 12. Juli kündigte die Vereinigung der Rifenfabrikanten das Lohnabkommen und forderte gleichzeitig einen 30prozentigen Lohnabbau. Die anschließend geführten Verhandlungen brachten keine Verständigung, da die Arbeitgeber auf einen Lohnabbau bestanden. Dieses Ansinnen der Unternehmer lehnten die Vertreter des Holzarbeiterverbandes ab. Es kam dabei in einer Anzahl von Betrieben am Ende der vergangenen Woche zum Streik. Laut Bericht der Branche soll in allen Betrieben, wo ein Lohnabbau durchgeführt wird, die Arbeit sofort eingestellt werden, jedoch dort, wo es bei den alten Verhältnissen bleibt, soll der Betrieb aufrechterhalten bleiben. Am Streik sind zurzeit 37 Betriebe mit 300 Beschäftigten beteiligt.

Mit dieser Lage beschäftigte sich die gestrige Branchenversammlung der Rifenarbeiter. Die Versammlung beschloß, unter allen Umständen an bisherigen Lohn festzuhalten.

Die Arbeitgebervereinigung hat infolge der von den Arbeitnehmern getroffenen Maßnahmen den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin angerufen. Die Verhandlungen finden morgen Mittwoch statt.

## Aus dem Malergetriebe.

Im allgemeinen kann man die Arbeitsverhältnisse im Malergetriebe als günstig betrachten. Die Stellen können durch den Nachweis nicht mehr voll besetzt werden. Um so verantwortungsvoller ist es, wenn einzelne Beschäftigten das „Klinkenputzen“ nicht unterlassen können. Freudestrahlend erklären die Unternehmer in den Verhandlungen, daß sie auf Zeitungsanzeigen so viel Angebote erhalten, daß sie reichlich Auswahl hätten. Das ist ein ganz unhaltbarer Zustand. Der Vorstand und die Betriebsräte sehen sich daher gezwungen, einzugreifen. Die günstige Konjunktur hat weiter als Wirkung, daß eine Epidemie zum „Selbständigmachen“ ausgebrochen ist. Ueber tausend „Selbständige“, darunter eine große Zahl von Nichtfachleuten, sind dieser Krankheit anheimgefallen. Hauswirte und Mieter werden nach Arbeit befristet. Daß hierbei ein gegenseitiges Untertreiben zum Schaden der Qualitätsarbeit vorgenommen wird, sei besonders betont. Durch überlange Arbeitszeit wird der Wehrdienst herausgeschunden. Täglich kommen Beschwerden nach dem Verbandsbureau von betrogenen Auftraggebern, die feststellen mußten, daß nach 14 Tagen der Fertigstellung die Leimfarbe abplatzt, die Tapeten von den Wänden fallen uft. Wenn Hauswirt und Mieter sich vor Schaden bewahren wollen, so müssen sie diesen Konjunkturchwahn die Tür weisen. Das Zustromen von ungelerten Arbeitsträften zum Wasserbau hatte als Folge, daß äußerst gefährliche Arbeiten ohne Schutzvorrichtungen ausgeführt werden. Man muß sich wundern, daß nicht noch mehr Unglücksfälle wie der auf dem Leipziger Platz (siehe „Vorw.“ v. 24. 7.) zu verzeichnen sind.

Die jetzt vorgenommene Arbeitsstellenkontrolle hat eine Menge Uebelstände ans Tageslicht gebracht, die in früheren Jahren nicht vorhanden waren. Baupolizei und Ortsarbeitsamt müssen als Ueberwachungsstellen eingreifen.

Als Kuriosität sei mitgeteilt, daß die halbe Fraktion der KPD, ebenfalls dem Selbständigkeitsfimmel verfallen ist, die nunmehr als wackelige Einigungshelden die „Janungasse“ bilden. Keiner behauptet, daß diese „Zellen“ recht wenig von revolutionärem Massengeist durchdrungen sind. Die Fraktionsführungen der KPD, die von den Jungemittellern ebenfalls besucht werden, beschließen, daß die im Verband der Maler befindlichen Kommunisten zu den Chemikern überzutreten haben. Auf jeder Arbeitsstelle propagieren die Moskauer, entgegen der Parole der „Roten Fahne“, die Austrittsbewegung. Wenn diese „Revolutionäre“ nur wenig Erfolg buchen können, so liegt das daran, daß diese Phrasenhelden bei der Kollegenchaft als Zerstörer der Arbeiterbewegung bekannt sind.

## Wahlniederlage der Kommunisten.

Düsseldorf, 28. Juli. (Lil.) Bei den gestrigen Wahlen für die Ortsverwaltung des deutschen Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf erritten die Kommunisten eine schwere Niederlage. Trotz einer beispiellosen kommunistischen Agitation wurden bei der Wahl für die Liste der Amsterdamer Richtung 541 Stimmen abgegeben, während die Gegenseite nur 230 Stimmen aufbrachte. Das vorliegende Wahlergebnis zeigt, wie sehr der Einfluß der Kommunisten im Deutschen Metallarbeiterverband auch in Rheinland-Westfalen zurückgeht.

## Wenn die Unternehmer diktieren.

Münster, 28. Juli. (Lil.) Der Verband Münsterländischer Metallindustrieller erläßt eine Bekanntmachung, in der es heißt: Inwieweit ein Teil der Metallindustriebetriebe auf Grund der kritischen wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gezwungen ist, die Betriebe stillzulegen oder die Arbeit einzuschränken, kann die Arbeiterchaft in den Betrieben nach wie vor weiter arbeiten. Es sind, nachdem die Lohnfestsetzung vom Schlichtungsausschuß Münster freigegeben ist, die Löhne um 40 Pfennige gekürzt und auf das übliche Maß zurückgeführt worden. Bei den Lohnfestsetzungen haben sich die Arbeitgeber in voller Würdigung der Verhältnisse der Arbeiter an das Maß gehalten, welches die herrschende Notlage und die allgemein herrschende Kreditnot vorschreibt. Es ist nicht beabsichtigt, unter den in Westfalen und Umgebung allgemein üblichen Lohn herabzusetzen.

# Wirtschaft

## Die Neuorganisation der Agrarkredite.

In den landwirtschaftlichen Genossenschaften sind Bestrebungen zur Verhütung der Ausschaltung des genossenschaftlichen Einflusses auf das neue Agrarkreditinstitut, den Abieger der Rentenbank, im Gange. Im Mittelpunkt steht die Frage der Zusammenfassung der Generalversammlung, die bis jetzt noch nicht gelöst worden ist und über die am Freitag die Entscheidung fallen soll. Von dieser Entscheidung hängt naturgemäß der Charakter der Agrarbank ab und damit auch die Frage, ob die in der Presse geäußerten Befürchtungen über einen allzu großen Einfluß des Reichslandbundes auf die neue Agrarbank sich bewahrheiten oder nicht. Es liegt, wie der „Soz. Parlamentsdienst“ schreibt, an sich durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß durch gewundene Persönlichkeiten gewisse politische Richtungen in der Landwirtschaft sich indirekt ein vielfaches Stimmrecht verschaffen und dadurch die Majorität in der Generalversammlung erhalten. Es sollen deshalb in den Satzungen bestimmte Sicherungen für einen gleichmäßigen Einfluß der verschiedenen landwirtschaftlichen Gruppen und Besitzformen auf die Generalversammlung geschaffen werden, um eine stabile Grundlage für das Unternehmen zu erhalten.

Das neue Agrarkreditinstitut hat im Vergleich zur Rentenbank schon eine schmalere Grundlage, da Handel und Gewerbe ausbleiben. Doppel notwendig erscheint es deshalb, innerhalb der Landwirtschaft die Basis durch Heranziehung weiterer Kreditorganisationen (Landschaften u. dergl.) genügend zu verbreitern. Das Institut soll keine Konkurrenzbank neben anderen Banken werden, sondern eine Bank der Banken sein. Es soll nicht mit eigenem Apparat die Kreditverteilung vornehmen; diese soll vielmehr, ähnlich wie das bei der letzten Ernährungsministerkonferenz und für die Erntekredite vorgesehen wurde, über die verschiedenen landwirtschaftlichen Kreditinstitute erfolgen, die ihrerseits einen Verteilungsschlüssel aufstellen werden. Das bedeutet zwar eine Verteuerung des Kredites, aber die Schaffung eines besonderen Bankapparates für das neue Agrarkreditinstitut würde ebenfalls mit erheblichen Kosten verknüpft sein.

Ein russisches Flottenbauprogramm. Die sowjetrussische Regierung beschloß, den Ausbau der Handelsflotte zu beginnen, so daß nach Ablauf von fünf Jahren 25 Proz. aller Ein- und Ausfuhrschiffe auf eigenen Schiffen durchgeführt werden können. 65 Proz. der Arbeiten, die mehr als 107 Millionen Rubel in Anspruch nehmen werden, sollen auf eigenen Werften durchgeführt werden, 35 Proz. auf auswärtigen Werften.

# Aus der Partei.

## 50jähriges Jubiläum einer Parteiorstgruppe.

Im kleinen Ort Limmer bei Hannover feierte am Sonntag, den 27. Juli, die Partei ihren 50. Geburtstag. Eine Anzahl Häuser waren gesegnet und aus Hannover, der ganzen Umgebung, sowie aus Hameln hatten sich viele zur Teilnahme an der seltenen Feier angemeldet. Limmer war lange Zeit der führende Ort des hannoverschen Wahlkreises; 1874 erfolgte die Gründung einer Gruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die alle wechselnden Schicksalschläge trug, Sozialistengesetz und diverse Auflösungen überstand und lange Jahre als „Arbeiterbildungsverein“ außerordentlich kulturfördernd wirkte. Einige der alten Begründer und Mitkämpfer waren jetzt in der Lage, in geistiger und körperlicher Rüstigkeit dem Fest beizumohnen. Reichstagsabgeordneter Genosse August Breg gab in seiner Festrede einen Ueberblick über die Entwicklungsgeschichte der Jubiläorsgruppe, die mit dem Geschick der deutschen Sozialdemokratie aufs engste verknüpft ist. Er wies die heutige Generation auf die erbitterten Auseinandersetzungen hin, denen die damaligen Kämpfer stets siegreich widerstanden, bis es ihnen 1912 nach jahrzehntelangen, ähmem Ringen gelang, die rote Siegesfahne über dem Wahlkreis flattern zu lassen. Limmer hat sich in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung einen geachteten Namen verdient, und Spuren des damals vorhandenen Kampfes und Gemeinschaftsgeistes sind noch heute sehr wohl in der Parteigruppe, und nicht zuletzt in der Arbeiterjugendgruppe des Ortes zu verippen, die mit zu den Besten des Bezirkes Hannover gehört.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“  
Geschäftsstelle: Berlin C. 2, Kaiser-Wilhelm-Str. 46 III, 17. Kameradschaft Lichtberg. Berichtigung: Anstehen heute, Dienstag (nicht Mittwoch), 7.30 Uhr, Bahnhof Lichtberg-Feierstraßen. — 16. Kreis. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Zusammenkunft der Kameradschaften in der Turnhalle der Porzellanfabrik Köpenick. Pünktliches Erscheinen aller Kameraden ist Pflicht. Aufnahme neuer Mitglieder.

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Ernst Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schifano; Sozial- und Sonstiges: Fritz Rahlstädt; Angelegenheiten: H. Glaser; Musik in Berlin: Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Unter den Eichen 3.

**Strickwaren**  
u. Jacken 5 75 12.20 17 50, reine Wolle  
Ueber 300 Stk. v. 4. kleinsten Kindergr.  
bis zur größten Wette ständig a. Lager.  
**Bleyles sämtl. Fabrikate**  
zu Originalpreisen.  
Bruno Richter & Co., Fabr.-Nldge.  
Thüring. Wollwaren — Bin.-Pankow  
Mühlenstr. 1, Ecke Breite Str.

**Damen-Konfektion**  
erhalten Sie bei bequemster Teilzahlung  
von nur wöchentlich **2.-**  
jetzt auch direkt aus der Fabrik  
**O. Wollburg, Brunnenstr. 56-57**  
Kredit-Abteilung

**Ischias**  
Spezial-  
Behandlung  
nur für  
Sonntags von 10 bis 12 Uhr. Jacoby.  
Behandlung des Ischias, Goutta, rheumatische Schmerzen, hartnäckige, auch wo alles versagt, wurden durch **Phorosanos** das neue deutsche Heilmittel, Patent, turgelöstig gelöst. Preis 20 Pfennige und Versandfreier.  
Gewissenhafte ärztl. Leitung.  
**Phorosanos - Seifenbäder**,  
Phorosanos-Str. 109, nahe Steglitzer Str.,  
Brunnenstr. 194, nahe Köpenicker Str. 11.  
Vertreter für Berlin und Umgeb.:  
Sperdyk 10-17, Sonnt. 9-12

**Gustav Neumann Ww.**  
Berlin C, Wallstraße 51, Ecke Neue Rosstraße  
Rotebeere (Wolfr.-Str. 12a/13a)  
Kilo 1.20  
**Feuerwerkskörper**  
aus Lamellen, sehr billig, in großer Auswahl

**Sternzwirne, 700-er, Twist**  
Sofortfertig, Gummilband, Röhre, Gerüst u. f. Rührwaren, weit unter Tagespreis  
**Säusler, Deutliche 15. Markt 6289**

**Stocklaternen**  
mit Stock u. Licht 6 Stk. an  
Complons von 3 Stk. an  
**Papiermännchen** 10 Stk. an, alle Sommer-  
u. Herbstfesten sehr billig.  
**Generwuer** 12 Stk. an  
**Dengelfuer** 12 Stk. an  
**Magnesiumlötstein**,  
60 cm lang, 1 Stück.  
**Maas & Co.** Marktlaternen,  
Proße 84, an  
der Emdenstr. 9-6 Uhr.

**Zähne 1.2** G.-M. Teilzahlung  
auf  
gestattet b. kl. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von  
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 8 G.-M. an. Ersatz-  
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gaumenplatte v.  
3 G.-M. an. Zahnz. mit Betäub. 1 G.-M. b. Bestellg.  
v. Gebissen gratis. Rat und Munduntersuchung gratis.  
4 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur  
vollsten Zufriedenheit geliefert.

**Metalbetten**  
Stahlmatt. Kinderbetten dir. an Priv.  
Kat. 30A frei. Eisenmöbelfabr. Suhl Thür.

**Wohnungstausch** In u. nach Berlin  
sowie von Berlin  
nach a u s w ä r t s  
am schnellsten durch eine Anzeige im  
**Groß-Berliner Wohnungsanzeiger**  
als einzige Spezialzeitung für möblierte  
Zimmer, Wohnungen u. Tauschwohnungen  
Unter der Rubrik „Möblierte Zimmer zu vermieten“ werden  
Meldungen von Vermietern kostenlos veröffentlicht.  
Verband mit d. „Gr.-Berliner Wohnungsanzeiger“ ist der  
**Anzeiger für Grundstücks- und Geschäftsverkäufe**  
Bei allen Zeitungsbandern und Kiosken zu haben.  
Verlag und Hauptanzeigenannahme:  
**Zeitungs-Zentrale (Z.Z.) Aktiengesellschaft**  
Jerusalem Str. 58 = Fernsprecher: Dönhoff 3310-3312

**Graue Haare**  
erhalten ursprüngliche Farbe u.  
natürl. Jugendglanz durch uns.  
**Haarfarbewiederhersteller**  
**„Youpla“**  
Fl. M. 3.75  
Überall erhältlich  
Nur eine Flüssigkeit, Frei von  
allen schädlichen Bestandteilen  
**Kopp & Joseph, Parfümeriefabrik**  
Berlin W. 37

**Besonders wirksam sind die kleinen Anzeigen in der Gesamt-Ausgabe billig!** des Vorwärts und trotzdem